

Antrag

der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Ilja Seifert, Jutta Braband und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Sicherung des Weiterbetriebs der Zeche SOPHIA-JACOBA durch finanzielle Sonderhilfen des Bundes – perspektivisch eine volkswirtschaftlich und energiepolitisch sinnvolle Maßnahme für die Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. Keinerlei Maßnahmen vor dem Jahr 1995 zu ergreifen, die den Weiterbetrieb der Zeche SOPHIA-JACOBA in Hückelhoven gefährden.
2. Im Jahr 1995 zusammen mit der RUHRKOHL E AG eine Bestandsaufnahme für den Bergbaubetrieb zu erstellen, der die bis dahin eingetretenen Förderkostenreduzierungen bilanziert und unter Berücksichtigung der bis dahin eingetretenen Preissteigerungen für fossile Energieträger auf dem Weltmarkt einen neuen Rahmenplan für die Steinkohlenförderung der SOPHIA-JACOBA zu entwickeln.
3. Aus Haushaltsmitteln unverzüglich eine Finanzhilfe in Höhe von 150 Mio. DM bereitzustellen, um den Aufschluß der Lagerstätte Wildenrath zu ermöglichen.
4. Unverzüglich ein Konzept für den Absatz von niederflüchtiger Steinkohle einschließlich notwendiger finanzieller Markteinführungshilfen in den fünf neuen Bundesländern zu entwickeln, um insbesondere die Braunkohle im Hausfeuerungs-bereich zurückzudrängen und so in kürzester Zeit die Luftbelastung zu reduzieren und die Umwelt nachhaltig zu entlasten.
5. Alles in ihren Kräften stehende zu unternehmen, um Energieversorgern, Stadtwerken und der Industrie in den neuen Bundesländern umgehend Zugang zu verbilligter Steinkohle aus dem „Jahrhundertvertrag“ zu verschaffen.

Bonn, den 18. November 1991

Petra Bläss

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)

Dr. Ilja Seifert

Jutta Braband

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1. Eine Finanzhilfe in Höhe von 150 Mio. DM würde es der Geschäftsführung der SOPHIA-JACOBA ermöglichen, ihr Unternehmenskonzept „Wildenrath“ zu realisieren. Hierdurch könnte eine Lagerstätte von etwa 12 Mio. t hochwertiger Anthrazit-Steinkohle erschlossen werden, deren Abbau wegen des darüber liegenden NATO-Flugplatzes RAF-Wildenrath untersagt war. Dieser wird im kommenden Frühjahr geschlossen, wodurch ein Abbau der Lagerstätte nun möglich ist. Durch den Aufschluß der Lagerstätte können nach Angaben der Geschäftsführung der SOPHIA-JACOBA die Förderkosten um etwa 20 DM je Tonne gesenkt werden.

Darüber hinaus würde der Abbau der Lagerstätte Wildenrath es auch ermöglichen, eine notwendige Zeit zu überbrücken, die für den Aufschluß des Südfeldes notwendig ist. Dort lagern rund 120 Mio. t gewinnbare Kohle. Bei einer Schließung der Schachtanlage wären diese unwiderruflich verloren.

Der Militärflugplatz Wildenrath liegt genau zwischen dem Nord- und Ostfeld der Zeche. Die Belassung eines Sicherheitssockels hat in der Vergangenheit zu erheblichen strukturellen Mehrkosten bei SOPHIA-JACOBA geführt. Die hohen Förderkosten sind daher als Folgekosten und Altlasten des Kalten Krieges und der NATO-Strategie zu sehen.

Hierfür hat das Unternehmen und die Region Anspruch auf Entschädigung, wozu die Übernahme der Erschließungskosten in Höhe von 150 Mio. DM beitragen kann. Eine Verweigerung der Zahlung hieße letztendlich, Folgekosten der Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der NATO auf die Bevölkerung der Region Heinsberg abzuwälzen, die durch monostrukturelle Ausrichtung auf Militärstandorte und der nun einsetzenden Reduzierung im Rahmen der Veränderung der NATO-Strategie genug Probleme zu bewältigen hat.

2. Die 1986 stark gefallen Preise für Importenergien aus Nicht-EG-Staaten dürfen keinesfalls zu dem Schluß verleiten, dies würde immer so bleiben. Eine langfristige Energiepolitik sollte sich nicht an sektoralen Betrachtungsweisen und dem Vergleich von Tagespreisen orientieren. So ist der vom Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, dargestellte Preisvergleich der Welthandelskohle mit dem Preis der Steinkohle aus inländischer Förderung unter den Aspekten der langfristigen Preisentwicklung und der Versorgungssicherheit – selbst auf EG-Ebene – nicht zulässig. Der Preis für Welthandelskohle wird im wesentlichen durch den Rohölpreis bestimmt – und den in den Industriestaaten vorhandenen Förderkapazitäten für Steinkohle. Er liegt heute weit unter den

Gestehungskosten in den Förderländern und wird von den großen Firmen des Weltkohle-Handels, die fast ausschließlich im Besitz großer Öl-Multis sind, wegen langfristiger strategischer Gewinninteressen künstlich niedrig gehalten.

Die nachstehende Darstellung der Preisentwicklung soll dies verdeutlichen:

Jahr	Rohöl	Welthandels- kohle	Deutsche Steinkohle
1985	622 DM	159 DM	255 DM
1986	255 DM	118 DM	255 DM
1987	251 DM	89 DM	258 DM
1988	206 DM	82 DM	262 DM
1989	257 DM	96 DM	266,5 DM
1990	279 DM	95 DM	270 DM

Quelle: „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ 3/91. Preise je t SKE.

Bemerkenswert ist der Rückgang des Welthandelssteinkohlepreises um ein Drittel. Und dies trotz weltweit gestiegener Preise für Abbauausrüstung, die von den meisten Ländern, die Steinkohle für den Weltmarkt liefern, aus den westlichen Industriestaaten bezogen wird. Der niedrige Preis ist nur zum Teil durch die gesunkenen Frachttarife zu erklären, die maßgeblich vom Rohölpreis abhängig sind: Weltweit wird der Kohlepreis vom Dumping-Lieferland Südafrika bestimmt, daß durch Reallohnkostensenkung und nach unten nivellierten Sicherheitsvorkehrungen für die überwiegend schwarzen Bergleute Devisen auf dem Weltmarkt erwirtschaftet.

Eine mittelfristige Preiserhöhung für Rohöl wird von verschiedenen Seiten vorausgesagt. Seit 1988 steigt der Preis bereits wieder. Parallel dazu steigen die Preise für Welthandelskohle wieder an. Diese würde außerdem sofort erheblich teurer, wenn große Teile des EG-Steinkohlenbergbaus stillgelegt würden, wie die britische Bergarbeitergewerkschaft N.U.M. nachgewiesen hat.

Drittlands-Importkohle kann daher keine Lösung sein: Der niedrige Preis kommt außerdem fast ausschließlich durch rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Umwelt zustande.

3. Energieversorger, Stadtwerke und Industrie in den neuen Bundesländern müssen umgehend Zugang zu verbilligter Steinkohle aus dem „Jahrhundertvertrag“ erhalten. Wenn auf den „Kohlerunden“ etwas verhandelt werden sollte, dann dies. Die großen westdeutschen Elektrizitätsunternehmen müssen ihren Verpflichtungen aus der Verstromung heimischer Steinkohle auch im Osten nachkommen. Es kann nicht angehen, daß ein durch den Jahrhundertvertragspartner PreußenElektra in Rostock errichtetes Heizkraftwerk mit Drittlands-Importkohle betrieben wird. Langfristige Lieferverträge können hier Sicherheit für den heimischen Steinkohlenbergbau wie die Elektrizitätswirtschaft schaffen.

Volkswirtschaftlich, unter sozialen Gesichtspunkten und im Interesse einer sicheren, langfristigen Energieversorgung betrachtet ist die Stützung der SOPHIA-JACOBA und anderer Bergbaubetriebe daher die günstigere Option. Letztendlich muß auch die durch Zechenschließungen verursachte Arbeitslosigkeit in den Revieren finanziert werden.